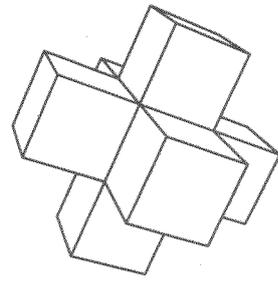


10563

# Schweizer Freisinn



Maier, Franz Georg  
Direktor Schweiz, Landesbüro  
Hallerstrasse 15  
3003 Bern

## FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Brennpunkt	3	FDP-Frauen	14	Agenda
Kopf des Monats	2	FDP persönlich	4	Jungfreisinnige	16	Kreuzworträtsel

28. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz

### Inhalt

#### Wachsende Schweiz

Die Delegierten der FDP Schweiz werden am 20. Januar 2007 an der Delegiertenversammlung in Genf Projekte für eine wachsende Schweiz diskutieren und beschliessen. Diese geben Antworten auf die Herausforderungen, welchen sich die Schweizer Wirtschaft, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger in Zukunft stellen müssen. **Seite 3**

#### Wahlkampf 2007

Die FDP Schweiz steht mitten in den Vorbereitungen für den Wahlkampf. Es kann bald losgehen – wir sind auf Kurs! **Seite 7**

#### Ladenöffnungszeiten

Die Bedürfnisse der Konsumenten sollen ernst genommen werden. Die Ladenöffnungszeiten sollen vollständig liberalisiert werden. **Seite 9**

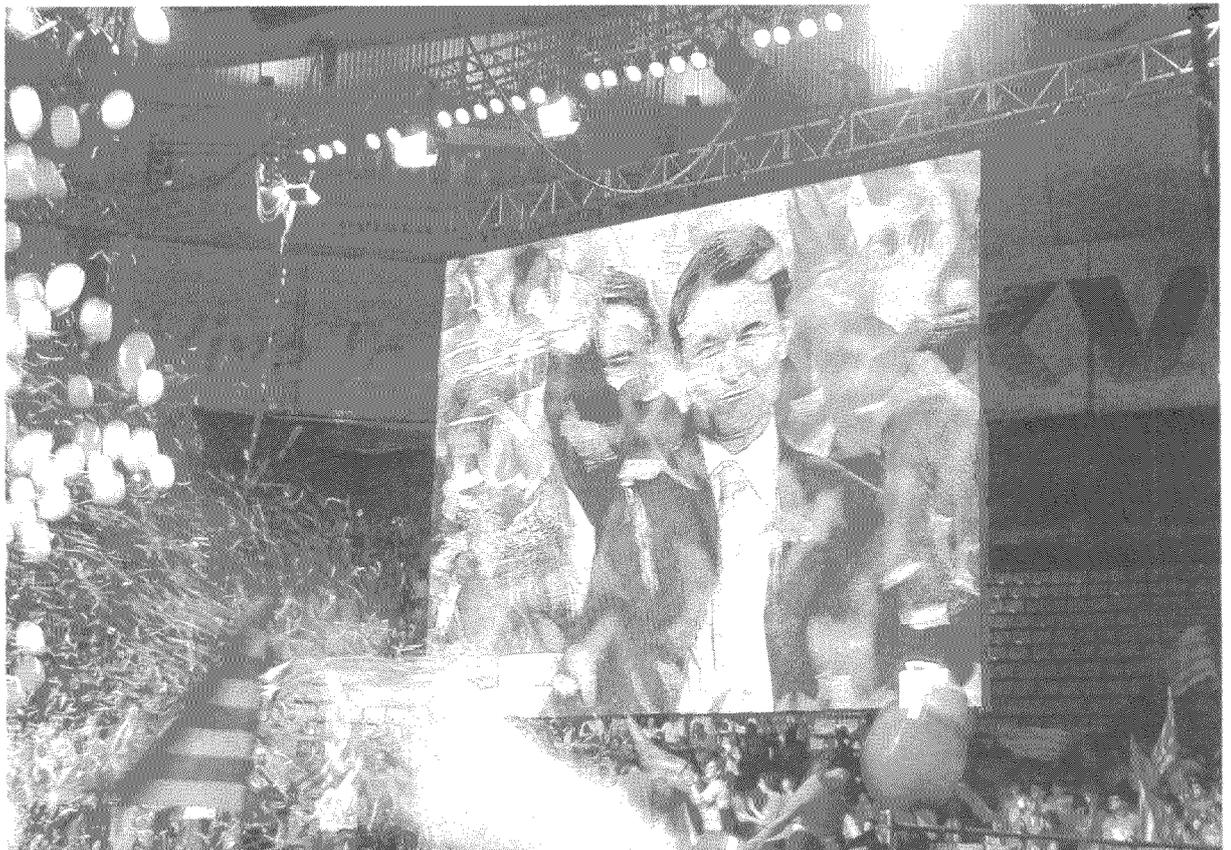
### Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Portal  
zum  
Recht

[www.advochannel.ch](http://www.advochannel.ch)

Binder  
rechtsanwälte



Wahlkampf auf spanisch: mit Engagement und Emotionen.

## Wahlkampf

### Ein Besuch bei unserer Schwesterpartei in Barcelona

Am 1. November haben in Katalonien vorgezogene Parlamentswahlen stattgefunden. Unsere liberale Schwesterpartei «Convergència i Unió» hat einen intensiven und beeindruckenden Wahlkampf ge-

führt. Auf Einladung von «Convergència i Unió (CiU)» durften Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz, und Jon Fanzun, internationaler Sekretär FDP Schweiz, den Abschluss der mehrmonatigen

Wahlkampagne für die katalanischen Regionalwahlen hautnah miterleben. Ein Augenschein vor Ort.

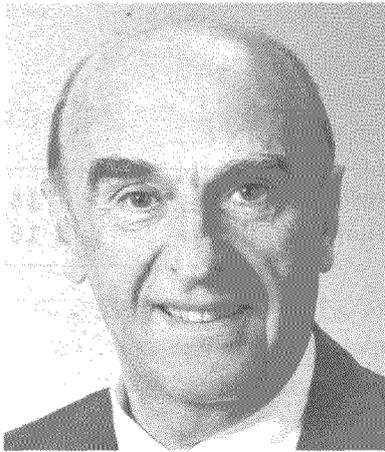
**Seiten 12/13**

# Lust auf Zukunft

### Unser Parteitag-Motto zeigt den Weg

Augenfällig macht sich der Liberalismus – unser Gedankengut – in anderen Parteien breit. Das ist erfreulich. Doch nur die Freisinnigen haben im Liberalismus auch ihre Wurzeln. Unseren Überzeugungen stehen andernorts oft Lippenbekenntnisse gegenüber. Wir wissen: Wer stillsteht, den bestraft das Leben. Darum wollen wir Reformen, darum sind wir die positive Kraft des Landes, darum haben wir Lust auf Zukunft. Wir achten darauf, dass die Starken stark bleiben, damit sie überhaupt die Kraft haben, den Schwachen zu helfen. Sozial ist letztlich, wer Arbeitsplätze schafft.

Entgegen aller Unkenrufe wurden in dieser Legislatur viele Fortschritte erzielt. Bei allen sind Freisinnige zuvorderst beteiligt: Die Erfolgsquote bei Abstimmungen ist hoch. Dank den bilateralen Verträgen kann die Schweiz in Europa die Schweiz bleiben. Unser Land wurde offener und gerechter (z.B. Mutterschaftsversicherung, Partner-



**Hans-Rudolf Merz**

schaftsgesetz, Stammzellenforschung, Heiratsstrafe). Kantone, die mit der NFA neu mehr Mittel erhalten, können auf eigene Stärken setzen (auch über Steuersenkungen) und sich so vom Subventionstropf lösen. Die Krankenkassenprämien steigen sanfter. Bei der IV greifen erste Massnahmen. Trotz Entlastungsprogrammen verliert nirgends eine öffentliche Aufgabe.

Die Hausaufgaben sind jedoch noch nicht erledigt. Die demographischen Herausforderungen sind nicht gemeistert. Die Anzahl Sozialversicherungsempfänger nimmt drastisch zu. Die Verrechtlichung geht fort. (Dem Grundsatz «Unwissenheit schützt vor Strafe nicht» steht die Amtliche Sammlung im 2005 mit 6684 neuen Seiten gegenüber.) Auf gewisse ökologische Anliegen fehlt noch die liberale Antwort. Die Verschuldung des Bundes ist erst stabilisiert. Zu viele stemmen sich nicht gegen überbordende Umverteilung und Bevormundung.

Es bleibt somit einiges zu tun. Ich freue mich, in den nächsten Jahren fundamentale liberale Anliegen durchzusetzen: das Dickicht im Mehrwertsteuer-Dschungel lichten, die Steuergesetze auf die Individualisierung der Gesellschaft ausrichten und Angriffe auf den Steuerwettbewerb abwehren. In der Finanzpolitik schlägt die Stunde der Wahrheit: Mehrere ungedeckte

Schecks in Milliardenhöhe sind im Budget unterzubringen; die kommenden Generationen sollen nicht auch noch dafür geradestehen.

Ein afrikanisches Sprichwort sagt: «Wenn du schnell gehen willst, dann geh alleine. Wenn du weit gehen willst, dann geh mit andern zusammen.» Ohne Lust auf Zukunft wird man zudem abgehängt. Die FDP als Volkspartei wird gerade im Wahljahr mit ihren liberalen Ideen weit gehen.

**Hans-Rudolf Merz**

## Kopf des Monats

### Otto Ineichen

Nationalrat Otto Ineichen engagiert sich mit grossem Einsatz für die freisinnige Speranza-Idee, Jugendlichen zu helfen, die Schwierigkeiten haben, eine Lehrstelle zu finden. Mit «Speranza 2000» hat Otto Ineichen über 1800 Jugendlichen zu einer Lehrstelle verholpen. Im Jahr 2007 will sich Otto Ineichen weiter auf die Schaffung von Lehrstellen für schulisch Schwächere konzentrieren. Wir sind überzeugt, dass Otto Ineichens Ideen noch lange nicht erschöpft sind. Für seinen unermüdlichen Einsatz für eine intelligente und offene Schweiz gebührt ihm der Titel «Kopf des Monats».



**Otto Ineichen,  
der Kopf des Monats Dezember.**

## Geit's no?

Bei den SBB sollen die Preise im nächsten Jahr massiv steigen. Als Hauptgrund für die Preissteigerung führen die SBB den Ausbau des Angebots, insbesondere die Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels, an. Diese Begründung ist in zweierlei Hinsicht haarsträubend.

Erstens: Die SBB bauen das Angebot auf bestimmten Linien aus, generieren dadurch mehr Passagiere, verlangen aber gleichzeitig auch noch höhere Preise. Ausserdem: Dem Pendler zwischen Schaffhausen und Zürich bringt die schnellere Verbindung durch den Lötschberg in der Regel wenig.

Selbst der Inhaber eines Generalabonnements wird von nun an nicht wöchentlich dreimal durch den Lötschberg-Basistunnel reisen, bloss weil die Verbindung nun schneller ist.

Zweitens: Der Lötschberg-Basistunnel ist eine Investition; eine sinnvolle, aber eine teure Investition, welche die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler berappen. Die SBB erhalten diesen Tunnel gewissermassen gratis und franko zur Nutzung. Den bereits bezahlten Tunnel sollen die Bahnkundinnen und Bahnkunden also noch einmal teuer bezahlen.

Wachsende Schweiz

## Stärken stärken, Schwächen beseitigen

Am 20. Januar werden die Delegierten der FDP Schweiz die Projekte für eine wachsende Schweiz diskutieren und beschliessen. Diese Projekte geben Antworten auf die Herausforderungen, welchen sich die Schweizer Wirtschaft, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger in Zukunft stellen müssen. Mit diesen Projekten sind wir fit für die Zukunft.

Von Ständerat Rolf Schweiger,  
Zug, Verantwortlicher  
Wirtschaftspolitik in der GL  
der FDP CH

Die Schweiz steht zunehmend im internationalen Wettbewerb. Dies ist für unser Land Chance und Herausforderung zugleich. Neue Absatzmärkte ermöglichen uns, Produkte zu exportieren und damit Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz zu schaffen. Gleichzeitig sehen wir uns aber auch wachsender Konkurrenz ausgesetzt, insbesondere durch die dynamischen Volkswirtschaften der BRIC-Staaten (Brasilien, Indien, Russland und China). Wenn wir uns gut vorbereiten und unseren Unternehmen die Möglichkeit geben, entsprechend zu agieren, dann eröffnen sich für uns grosse Chancen – sowohl für diese international tätigen Unternehmen als auch für alle nachgelagerten Branchen, die von diesen «Wachstumslokomotiven» profitieren können.

### Grundsätze für den Erfolg

Der Erfolg wird uns – so viel lehrt uns die Erfahrung – nicht in den Schoß fallen. Damit wir erfolgreich sein können, müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein: Die Wirtschaft ist gemeinsam zu betrachten. Künstliche Trennungen zwischen grösseren und kleineren Unternehmen und zwischen Branchen schaffen kein Wachstum. Die Leistung der Unternehmen – und auch jedes Einzelnen – muss sich lohnen. Internationaler Erfolg bedingt Flexibilität. Althergebrachte Strukturen, die den Fortschritt behindern und unwirksam oder ineffizient sind, müssen beseitigt werden.



**Herausforderung für die Schweiz: Die neuen Märkte in den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China).**

Die Staats-, Fiskal- und Soziallastquote ist zu stabilisieren und nach Möglichkeit zu senken, und der Staat muss nahe beim Bürger sein und seine Leistungen kompetent, effizient und unkompliziert anbieten. Schliesslich gilt es auch, Missbräuche zu sanktionieren, denn nur so kann das System funktionieren.

Diese Grundvoraussetzungen schaffen einen Boden und eine Grundhaltung, die es ermöglichen, in der Schweiz erfolgreich zu wirtschaften und Arbeitsplätze zu schaffen; sowohl für international tätige Grosskonzerne als auch für den Bäcker um die Ecke.

### Stärken stärken

Die Ausgangslage der Schweiz ist an sich ausgezeichnet. Wir haben zahlreiche international tätige Unternehmen, qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine hervorragende In-

frastruktur. Diese Stärken müssen wir aber pflegen und weiter ausbauen, und hierfür gilt es konkrete Massnahmen zu treffen:

- Weitere Stärkung der international stark vernetzten Schweizer Wirtschaft durch Ausbau vorhandener internationaler Freihandelsverträge und Abschluss zusätzlicher Freihandelsverträge (zum Beispiel mit den BRIC-Staaten).

- Weitere Verbesserung der Steuerbedingungen für Unternehmen.

- Verteidigung des heutigen Steuerwettbewerbs (international und national) als strategischen Erfolgsfaktor.

- Der schweizerische Arbeitsmarkt muss seine Flexibilität behalten.

- Im Bereich Bildung und Forschung sind die Voraussetzungen weiter zu verbessern, damit unser Anliegen, eine intelligente Schweiz zu schaffen, erfüllt wird.

- Nach der Sanierung der Finanzrechnung ist die Verschuldung zu stabilisieren.

- Deregulierung des Gesundheitsmarktes – Einführung der interkantonalen Freizügigkeit für Leistungserbringer und -nehmer.

- Gewährleistung eines starken Innovationsschutzes.

### Schwächen beseitigen

In den Bereichen, wo wir noch nicht fit genug sind, müssen wir uns verbessern:

- Ein Freihandelsabkommen mit der EU im Landwirtschaftsbereich bringt mehr Wettbewerb und Chancen für die Schweizer Landwirtschaft.

- Förderung des Wettbewerbs: Technische Handelshemmnisse sind abzubauen, EU-Normen und das Cassis-de-Dijon-Prinzip sind durch die Schweiz anzuerkennen. Das Kartellrecht muss verschärft werden.

- Bewilligungs- und Kontrollverfahren müssen abgebaut werden, damit sich die Unternehmen nicht mit der Bürokratie herumschlagen müssen (z. B. Vereinheitlichung von formellen Bauvorschriften und materiellen Baunormen).

- Für Privatpersonen ist das Steuersystem zu reformieren. Mit der Swiss Easy Tax würde das Ausfüllen der Steuererklärung einfacher und das System transparenter.

Dies ist nur ein Teil der Massnahmen, welche am 20. Januar zur Diskussion gestellt werden. Ihnen allen gemeinsam ist das Ziel: Eine wachsende Schweiz zu schaffen, welche den Herausforderungen der Zukunft begegnen kann.



## Die FDP trauert um einen guten Freund

Mit Bestürzung haben die FDP und die FDP-Bundeshausfraktion vom Hinschied von Nationalrat Kurt Wasserfallen Kenntnis genommen. Wir alle verlieren einen guten Freund und Kollegen. Das Parlament und die Berner Stadtregierung verlieren einen profilierten und kompetenten Politiker. Kurt Wasserfallen war ein lösungsorientierter Vollblutpolitiker, für den die Sachpolitik immer im Vordergrund stand. Sein Hinschied wird eine grosse Lücke hinterlassen, seine pointierte und engagierte Art wird uns fehlen.

Rücktritt

## Rolf Hegetschweiler

Rolf Hegetschweiler, Nationalrat ZH, tritt im Herbst 2007 nach 16 Jahren aus dem Nationalrat zurück. Wie kaum ein zweiter hat er sich in Fragen der Wohneigentumsförderung, des Mietrechts und der Verkehrspolitik engagiert.

In der verbleibenden Zeit wünschen wir ihm weiterhin viel Erfolg!

### Anmeldetalon

#### Delegiertenversammlung FDP Schweiz

19./20. Januar 2007 in Genf

Ich nehme teil:

- Delegiertenversammlung Teil 1, 19. Januar
- Abendessen (Bankettkarte Fr. 80.-), Fr, 19. Januar
- Delegiertenversammlung Teil 2, Sa, 20. Januar
- Ich kann nicht teilnehmen

Anmeldung für das Abendessen unbedingt erforderlich!

L'inscription pour le repas du soir est requise!

Ich bin

- Delegierte(r)
- Ersatzdelegierte(r) für: \_\_\_\_\_
- Mitglied der Geschäftsleitung
- Kantonalparteipräsident(-in)
- Mitglied FDP-Fraktion der Bundesversammlung
- Regierungsrätin/Regierungsrat
- Gast

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Kanton \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ausgefüllten Talon bitte bis 03.01.07 einsenden an:  
FDP Schweiz, Delegiertenversammlung, Postfach 6136, 3001 Bern  
per Fax 031 320 35 00, oder senden Sie uns ein E-Mail mit den notwendigen Angaben an [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch)

### Veranstaltung

#### Delegiertenversammlung

19./20. Januar 2007 in Genf



#### Freitag, 19. Januar 2007

1. Teil der DV (gemeinsam mit den Delegierten der LPS)

16.45	Begrüssung Pierre Weiss, Politischer Verantwortlicher der UFL
16.50	Ansprache des Präsidenten der FDP Fulvio Pelli
17.00	Ansprache des Präsidenten der LPS Claude Ruey
17.10	Podiumsdiskussion VI Einheitskasse
17.40	Diskussion im Publikum
18.10	Ansprache von BR Pascal Couchepin
18.25	Parolenfassung
18.30	Schluss des ersten Teils
19.00	Aperitif
20.00	Nachtessen

#### Samstag, 20. Januar 2007

2. Teil der Delegiertenversammlung (ohne LPS)

9.00	Diskussion der Projekte der wachsenden Schweiz
13.15	Ende der DV

Luzern

## Die Ökologie hat Priorität

Die Luzerner FDP setzt sich in vielfacher Weise für die Umwelt ein. Da sich Ökonomie und Ökologie nicht ausschliessen, hat das Ressort Raumplanung unter Grossrat Hans Peter Pfister die nötigen Grundlagen ausgearbeitet. Namentlich fordert die FDP mehr Effizienz in der heutigen Energienutzung und Anreizsysteme für zukunftsgerichtete Technologien. Eine tragende Rolle im Einsatz für eine bessere Umwelt kommt ausserdem dem öffentlichen Verkehr zu, deshalb wollen die Luzerner Freisinnigen Umsteigungskonzepte weiterhin fördern.

Solothurn

## FDP lanciert Volksinitiative

Die Initiative «Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden» ist die erste freisinnige Initiative im Kanton Solothurn seit 50 Jahren.

Die Volksinitiative fordert, dass der Kanton die Grundlagen für Tagesstrukturen in den Gemeinden schafft, zum Beispiel in Form von Mittagstischen und Randstundenbetreuung. Die Freisinnigen wollen mit der Initiative auch erwirken, dass sich zuerst die Gemeinden diesem Bedürfnis der Bevölkerung annehmen, bevor Kanton oder Bund Vorschriften erlassen. Ein Zwischenstand der Unterschriftensammlung wird an der DV vom 22. Januar 2007 bekannt gegeben.

Aargau

## Die FDP-Frauen Bezirk Bremgarten feierten 10-Jahr-Jubiläum

Den Auftakt zur Feier machte Regierungsrat Peter C. Beyeler. Er überbrachte die Grussbotschaft an die FDP-Frauen des Bezirks. Er betonte in seiner Ansprache, dass die Mitarbeit von Frauen in wirtschaftlichen und in politischen Funktionen mehr und mehr an Bedeutung gewinnt und auch ernst genommen wird. Die FDP-Frauen von heute sind selbstbewusst und engagieren sich an vielen Fronten, ergänzte später Doris Fischer, FDP-Präsidentin Aargau. Ein attraktives Abendprogramm wurde geboten, und das 10-Jahr-Jubiläum wurde ausgiebig gefeiert!



Aargau



Pascal Couchepin an der Rheinfelder Tagung.

## Pascal Couchepin an der Rheinfelder Tagung der FDP Aargau

Nach seinem eigenen Bekunden zum ersten Mal hat Bundesrat Pascal Couchepin eine Diskussionsveranstaltung der aargauischen Parteifreunde besucht. An der Rheinfelder Tagung der Kantonalpartei am 11. November zum Thema Spitalplanung und -finanzierung hat sich der Magistrat mit markigen Worten für das Modell des Ständerates ausgesprochen. Er bejahte klar die Notwendigkeit kantonaler Spitalplanungen und empfahl dem Nationalrat, bei der kommenden Debatte um die Spitalfinanzierung «bescheiden» zu sein, das heisst, sich dem Ständerat anzuschliessen und sich nicht gegen den geschlossenen Widerstand der Kantone zu stellen. Eine diametral entgegengesetzte Meinung vertrat, ebenso markig, Ökonomieprofessor Robert Leu von der Uni Bern. Er verteidigte das nach ihm und Staatsrechtsprofessor Poledna benannte Alternativmodell ohne kantonale Planungen und mit einem nationalen Regulator. Aargauische Politiker und Spitalpraktiker machten sich für eine interkantonale Spitalplanung, insbesondere für einen Spitalraum Nordwestschweiz, stark.

Text: Hans Fahrländer, «Aargauer Zeitung»

Thurgau

## Grossaufmarsch an 55. Gottlieber Tagung

An der traditionellen Tagung der Thurgauer FDP wurde Politik mit Geselligem verbunden. Mehr als 130 Freisinnige folgten der Einladung ihrer Kantonalpartei und machten auch die 55. Auflage der Gottlieber Tagung zu einem Erfolg. Hauptredner Pascal Couchepin stellte den Zuhörern seine Massnahmen gegen steigende Krankenkassenprämien vor und moderierte die anschliessende Fragerunde gleich selber. Das satirische und musikalische Rahmenprogramm sorgte für Heiterkeit unter den Freisinnigen.

## Höchste Schweizerin

Christine Egerszegi-Obrist wird 2007 höchste Schweizerin. Sie wird den Rat leiten und ihr Amt mit viel Geduld ausüben. Der «Schweizer Freisinn» im Gespräch mit der Nationalratspräsidentin.

*Sie sind nächstes Jahr Nationalratspräsidentin. Was bedeutet Ihnen dieses Amt? Auf was freuen Sie sich?*

Ich freue mich, den Rat in einer guten Atmosphäre leiten zu dürfen und mit vielen Kontakten zu zeigen, dass Politik wichtig und nötig ist – und sogar Spass macht.

*Höchste Schweizerin – das erfüllt schon mit Stolz?*

Ich freue mich auf das Amt als «première citoyenne» de mon pays.

*Bereiten Sie sich auf dieses Amt speziell vor?*

Einerseits habe ich eine zweijährige Lehre als Vizepräsidentin hinter mir, andererseits werde ich Schwerpunkte setzen im Zusammenhalt der vier Kulturen der Schweiz, für die generationenübergreifende Solidarität in der Bevölkerung und die Motivierung der vielen Stummbürgerinnen und Stummbürger, sich an den politischen Entscheidungen zu beteiligen.

*Warum werden Sie eine gute Nationalratspräsidentin? Was sind Ihre Stärken?*

Meine Stärke heisst zweifellos BVG: Besonders viel Geduld.

*Sie sind bereits heute viel beschäftigt. Falls Sie noch Freizeit haben, wie verbringen Sie diese?*

Ich geniesse meine freie Zeit und teile sie gerne mit der Familie und mit Freunden.

*Am 6. Dezember war ihre Wahlfeier (davon werden wir in der nächsten Ausgabe berichten). Werden Sie privat noch ausgiebig feiern?*

Ich habe mich gefreut, dass meine ganze Familie mit mir gefeiert hat: Meine Tochter mit ihrer Familie aus England, mein Sohn mit seiner Familie aus Rain, mein Bruder aus Südafrika. Und natürlich war ich stolz auf meinen Kanton Aargau, der mir ein wunderschönes Fest bereitet hat.

*Was wünschen Sie sich für das Jahr 2007?*

Frieden, Gesundheit und die Zuversicht, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.



Christine Egerszegi-Obrist

### Aufgaben Nationalratspräsidium

Die Präsidentin oder der Präsident erfüllt die Aufgaben, die das Gesetz bezeichnet, und:

- leitet die Verhandlungen des Rates
- legt, unter Vorbehalt anders lautender Ratsbeschlüsse, die Tagesordnung des Rates im Rahmen der Sessionsplanung des Büros fest
- leitet das Präsidium und das Ratsbüro
- vertritt den Rat nach aussen

Anzeige

**EINE SOLIDARITÄTSPATENSCHAFT**  
für die Zukunft der Kinder



**Terre des hommes**

**021/654 66 66**

Terre des hommes, En Budron C8,  
1052 Le Mont-sur-Lausanne  
Fax 021/654 66 77 • E-mail info@tdh.ch

Gratisinserat

Kinderhilfe - [www.tdh.ch](http://www.tdh.ch)

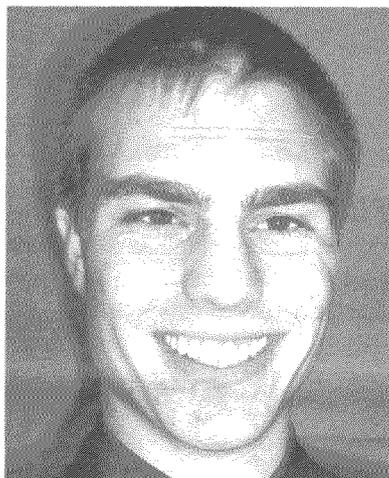
Wahljahr

## Wahlkampf 2007 – Auf Kurs!

Die Wahlkampf vorbereitungen der FDP Schweiz sind in vollem Gange. Das Ziel ist definiert, die Strategie festgelegt, und die Massnahmen sind eingeleitet. Die konzeptionelle, inhaltliche und personelle Umsetzung wird von Geschäftsleitung, Fraktion und Kantonalparteien getragen, begleitet und vorangetrieben.

### Von Adrian Michel, Kampagnen-Assistent FDP Schweiz

Das erste sichtbare Zeichen der Wahlkampf vorbereitung war die Präsentation und Verabschiedung der neuen Strategie «Eine Schweiz in Bewegung» anlässlich der Delegiertenversammlung in Yverdon im Oktober 2005. Die Grundlagen dazu wurden teilweise bereits vorgespurt durch Avenir Radical unter der Führung von Ständerat Rolf Schweizer, der auch die Positionierung «wirtschaftspolitisch liberal – gesellschaftspolitisch offen – finanzpolitisch konsequent» festlegte.



Adrian Michel

### Eine Schweiz in Bewegung

Parteipräsident Fulvio Pelli und sein Team haben diese Strategie präzisiert und in konkreten Massnahmen umgesetzt. Gleichzeitig wurde auch der Parteauftritt (Corporate Identity) neu gestaltet und die personelle Erneuerung eingeleitet. Heute sind «Wir Liberalen» gut aufgestellt und vorbereitet für die kommenden National- und Ständeratswahlen. Als positive Kraft will die FDP zusammen mit den konstruktiven Kräften aller Parteien aus den Chancen heraus die Schweiz stärken und die notwendigen, teils schmerzlichen Reformen mutig angehen. Wir Liberalen packen die Herausforderungen der Gegenwart an und gestalten mit Lust die Zukunft, damit auch die nächste Generation vom Wohlstand profitieren kann und Handlungsspielraum für eigene Entscheide hat.

### Lust auf Zukunft

Rund ein Jahr vor den Wahlen haben wir uns im September in Zürich zum Parteitag getroffen und uns für eine neue Politik ausgesprochen. Die FDP will wegkommen von der Logik des Negativen, das immerzu die Probleme thematisiert, mit Angst die Bevölkerung terrorisiert und Sündenböcke sucht oder solche gar konstruiert. Die FDP steht ein für eine neue Politik, die der Logik des Positiven folgt. Wir glauben an die Chancen in diesem Land, an den Leistungswillen aller Einwohnerinnen und Einwohner und die Leistungsfähigkeit der Multioptionsgesellschaft. Wir Liberalen stellen uns dem Wettbewerb und vertrauen auf die Kraft des besseren Arguments. Wir Liberalen werden die Zukunft unserer Heimat

aufgrund urliberaler Werte aktiv gestalten.

### Wir sind die positive Kraft

Überzeugen wollen wir sowohl mit Inhalten wie auch mit Köpfen. Inhaltlich konzentrieren wir uns dabei auf vier Projekte für eine erfolgreiche Schweiz.

– Die wachsende Schweiz widmet sich den Grundlagen des künftigen Wohlstands.

–> Positionspapier: Nachhaltige Energiepolitik setzt auf Innovation

–> Projekte für eine wachsende Schweiz (folgt im Januar an der DV in Genf)

– Die intelligente Schweiz weist den Weg in die Informationsgesellschaft.

–> Leistung muss sich lohnen – vor allem in der Bildung (Positionspapier)

–> Stiftung Forschung Schweiz (Projekt)

– Die gerechte Schweiz thematisiert die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

–> Projekte folgen im März an der DV in Winterthur

– Die offene Schweiz setzt auf das Potenzial der multikulturellen Gesellschaft.

–> Integration macht die Schweiz erfolgreich (Positionspapier)

–> 4 Säulen der Migrationspolitik

### Paket für Kandidatinnen und Kandidaten in Erarbeitung

Für einen erfolgreichen Wahlkampf braucht es neben einer engagierten Basis und einer glaubwürdigen Arbeit im Parlament auch profilierte Köpfe. Gefragt sind kompetente, sympathische Persönlichkeiten mit einem überzeugenden Leistungsausweis, welche die Inhalte und Positionen der FDP verkörpern. Um alle Kandidierenden im Kampf um Aufmerksamkeit bestmöglich zu unterstützen, arbeitet

die FDP an einem umfassenden Kandidatenpaket. Konkret geht es dabei beispielsweise um eine Toolbox mit Wissenswertem über Partei, Konkurrenz und Tipps zum persönlichen Wahlkampf, aber auch um eine Hotline oder um Verbilligungen bei den Ausbildungsangeboten und der persönlichen Webseite im Corporate Design.



## Bundesrätin Leuthard kopiert FDP

Unter dem Label «Speranza» startete die FDP des Kantons Baselland vor Jahren eine Aktion, in deren Rahmen FDP-Exponent(inn)en Jugendlichen, die nach Ende der obligatorischen Schulzeit keine Lehrstelle finden, bei der Suche in beratender und vermittelnder Funktion behilflich sind. Das Projekt wurde im Baselbiet bereits mehrere Male erfolgreich durchgeführt. Verschiedene Kantonalparteien zogen nach und riefen in ihren Kantonen ebenfalls Projekte in Anlehnung an «Speranza» ins Leben.

Seit dem Sommer 2006 setzt sich eine Gruppe Unternehmerinnen und Unternehmer um den Luzerner FDP-Nationalrat Otto Ineichen für die Lehrstellenvermittlung und -beschaffung ein.

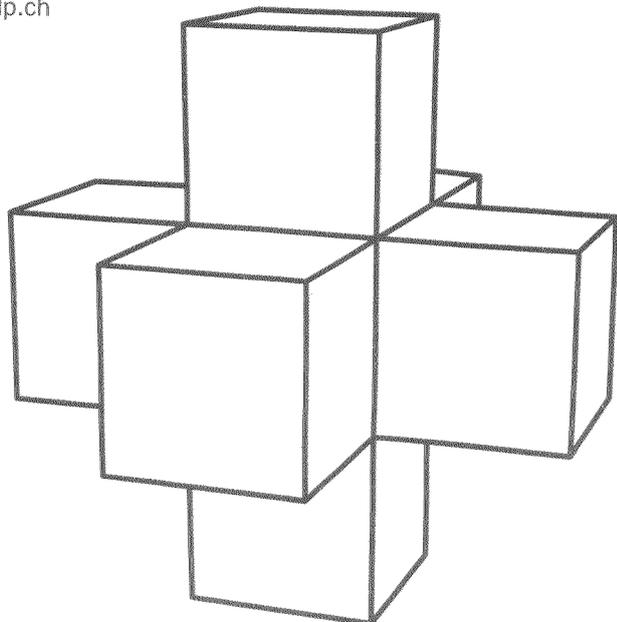
Der Thurgauer Gewerbeverband TGV, unter der Leitung von FDP-Kantonsrat Peter Schütz, führte neben dem Projekt «Mentoring» in Koordination mit NR Otto Ineichen auch das Projekt «Speranza 2000» im Thurgau ein. Mit diesem Projekt sollen Jugendliche mit schulischen Lerndefiziten oder sozialen Schwierigkeiten eine neue Berufsperspektive erhalten.

Dieser Tage gab Bundesrätin Doris Leuthard bekannt, dass sie unter dem Titel «Case Management» ein gleiches Projekt innerhalb ihres Departementes starten möchte. Es bleibt zu hoffen, dass diese Kopie gleich erfolgreich wird wie die FDP-Idee, welche ohne staatliche Gelder erfolgreich war.

**Ruedi Schläpfer, FDP-Präsident Rickenbach TG**

### Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz  
Redaktion «Freisinn»  
Postfach 6136  
Neuengasse 20  
300 Bern  
gnaegi@fdp.ch



### FDP-Schoggi

Ideal unter dem Weihnachtsbaum  
1 kg / Fr. 40.–



### FDP-Bonbons

500 St. / Fr. 40.–

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,  
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Motion

## Vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten

Auf dem Weg zu einer vollständigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten sind zwei weitere, wichtige Schritte vollbracht: Mit meiner Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, eine gesetzliche Grundlage vorzulegen, welche es den Kantonen ermöglicht, dass die Geschäfte während 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr geöffnet haben, während die FDP-Fraktion des Kantons Zürich dasselbe Anliegen mit einer parlamentarischen Initiative sekundiert, um gleichzeitig die Sonderregelungen auf kantonaler Ebene abzuschaffen. Genau so, wie dies das Aargauer Stimmvolk vor einem Jahr mit der Abschaffung des kantonalen Ladenöffnungsgesetzes bereits getan hat.

**Von Markus Hutter, Nationalrat**

Die Bedürfnisse der Konsumenten sollen ernst genommen werden. Die Arbeits-, Lebens- und Konsumgewohnheiten der Menschen haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Das Einkaufsverhalten der Konsumentinnen und Konsumenten ist der einzige objektive Indikator für die Bedürfnisse der Menschen, wann ein Geschäft des Detailhandels geöffnet sein soll. Ein freier und funktionierender Markt ist die beste Voraussetzung für «richtige» Ladenöffnungszeiten. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, Privaten Betrieben und selbständigen Unternehmen des Detailhandels anstelle der Konsumentinnen und Konsumenten vorzuschreiben, wann es sinnvoll sein könnte, geöffnet zu haben. Staatliche Einschränkungen und behördliche Bürokraten sollen nicht verhindern

können, dass Waren und Dienstleistungen einfach dann und dort angeboten werden, wo eine Nachfrage besteht. Bei Bedarf können Schutzbedürfnisse der Allgemeinheit im Zusammenhang mit dem Betrieb von Detailhandelsgeschäften zudem – wie bisher – durch geeignete Vorschriften in den entsprechenden Erlassen berücksichtigt werden (z. B. im Arbeitsgesetz betreffend Beschäftigung von Personal an Sonntagen und zu Rand- oder Nachtzeiten oder in der Raumplanung betreffend Lärm-/Immissionsschutz).

### Keine Wettbewerbsnachteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz

Die geforderte Anpassung stellt sicher, dass Betriebe in Grenznähe keine Wettbewerbsnachteile gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz erfahren. Deutschland hat im Zuge der Föderalismusreform das Ladenschlussgesetz aufgehoben und ausgerechnet das rot-rote Berlin hat als erstes Bundesland Deutschlands die Öffnungszeiten völlig freigegeben. Die restlichen Bundesländer werden folgen, unsere Nachbarn in Baden-Württemberg voraussichtlich schon im kommenden Frühjahr. Wollen wir tatsächlich, dass unsere Konsumentinnen und Konsumenten ins grenznahe Ausland abwandern, weil sie in der Schweiz nicht dann einkaufen können, wann sie es wünschen?



Licht an – Türe auf – auch abends!

Bild: Christoph Ruckstuhl

Die geforderte Liberalisierung hebt zudem die momentan bestehende staatliche Privilegierung der Bahnnebenbetriebe und Tankstellenshops auf.

Die Forderung der FDP nach einer vollständigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist ein wesentliches Element im Kampf ge-

gen unnötige, staatliche Hürden. Eine Liberalisierung regt den Konsum an und schafft Arbeitsplätze, stärkt das Wachstum und generiert für den Staat Steuereinnahmen.



Markus Hutter

## Erfolgreiches Projekt «Speranza»

Durch die Schaffung von zusätzlichen Vorlehr- und Attestlehrplätzen soll Schulabgängern mit Lerndefiziten oder sozialen Schwierigkeiten eine neue berufliche Perspektive geboten werden. Über 1800 Jugendliche haben diese Perspektive bereits erhalten.

«Freisinn»-Redaktorin Eliane Gnägi im Gespräch mit Otto Ineichen, Nationalrat LU

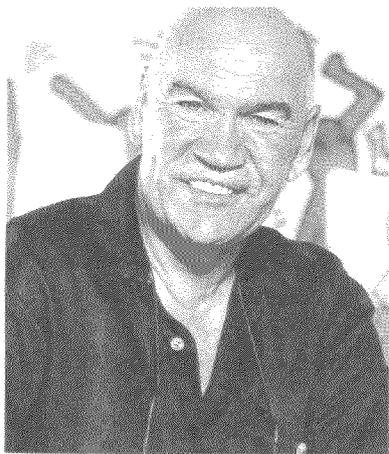
*Speranza ist ursprünglich ein Projekt aus dem Kanton Baselland. Sie haben sich engagiert, dass Speranza über diese Kantons-*

*grenze hinaus weiter ausgebaut wird. Warum?*

**Otto Ineichen:** Beim Besuch in Abschlussklassen Anfang dieses Jahres bemerkte ich, dass vor allem schulisch schwache Jugendliche Probleme haben, eine Lehrstelle oder eine Praktikumsstelle zu finden. Wenn diese Jugendlichen in Brückenangeboten oder im RAV versorgt werden oder gar auf der Strasse rumhängen, ist das sozialer Sprengstoff. Darum müssen wir uns für diese Jugendlichen besonders anstrengen.

*Welche Erfolge haben Sie am meisten gefreut?*

Die Ämter für Berufsbildung und das Bundesamt für Bildung und Technologie (BBT) haben uns nach anfänglichen Schwierigkeiten akzeptiert. Sie schätzen es



Otto Ineichen



**Für Jugendliche sollen vermehrt Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden.**

Bild: Keystone

Wort des Monats

### Energie

Das Vorhandensein von Energie ist seit jeher Grundvoraussetzung einer funktionierenden Volkswirtschaft. Früher waren es Wasserräder, welche die Mühlsteine bewegten. Heute bewegen diese Wasserräder Turbinen zur Stromproduktion. Nur wenn Energie in genügender Quantität vorhanden ist, funktionieren Wirtschaft und Gesellschaft, wie wir uns dies gewohnt sind. Allerdings ist in der Schweiz eine Stromlücke absehbar. Wenn diese Lücke nicht rechtzeitig

geschlossen werden kann, wäre dies eine Katastrophe für Wirtschaft und für jeden Einzelnen. Aus klimapolitischen Gründen will die FDP eine CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion. Lücken im Stromangebot, die trotz Steigerung der Energieeffizienz entstehen, sind mit neuen erneuerbaren Energien, dem Ausbau der Stromproduktion aus Wasserkraft und mit Kernenergie zu schliessen. Sinnvoll und sicher Energie zu produzieren heisst, einen sinnvollen Energie-Mix zu haben.

sehr, dass wir als Türöffner agieren und ihnen den Zugang zur Wirtschaft erleichtern. Sie stossen da oft auf Widerstand. Auch die Wirtschaft unterstützt uns, wo sie nur kann.

*Was ist das Erfolgs-Rezept?*

Meine Hartnäckigkeit. Ohne meine Sturheit hätten wir schon lange aufgeben müssen.

*Viele junge Leute haben durch dieses Projekt eine Lehrstelle gefunden. In welcher Berufssparte?*

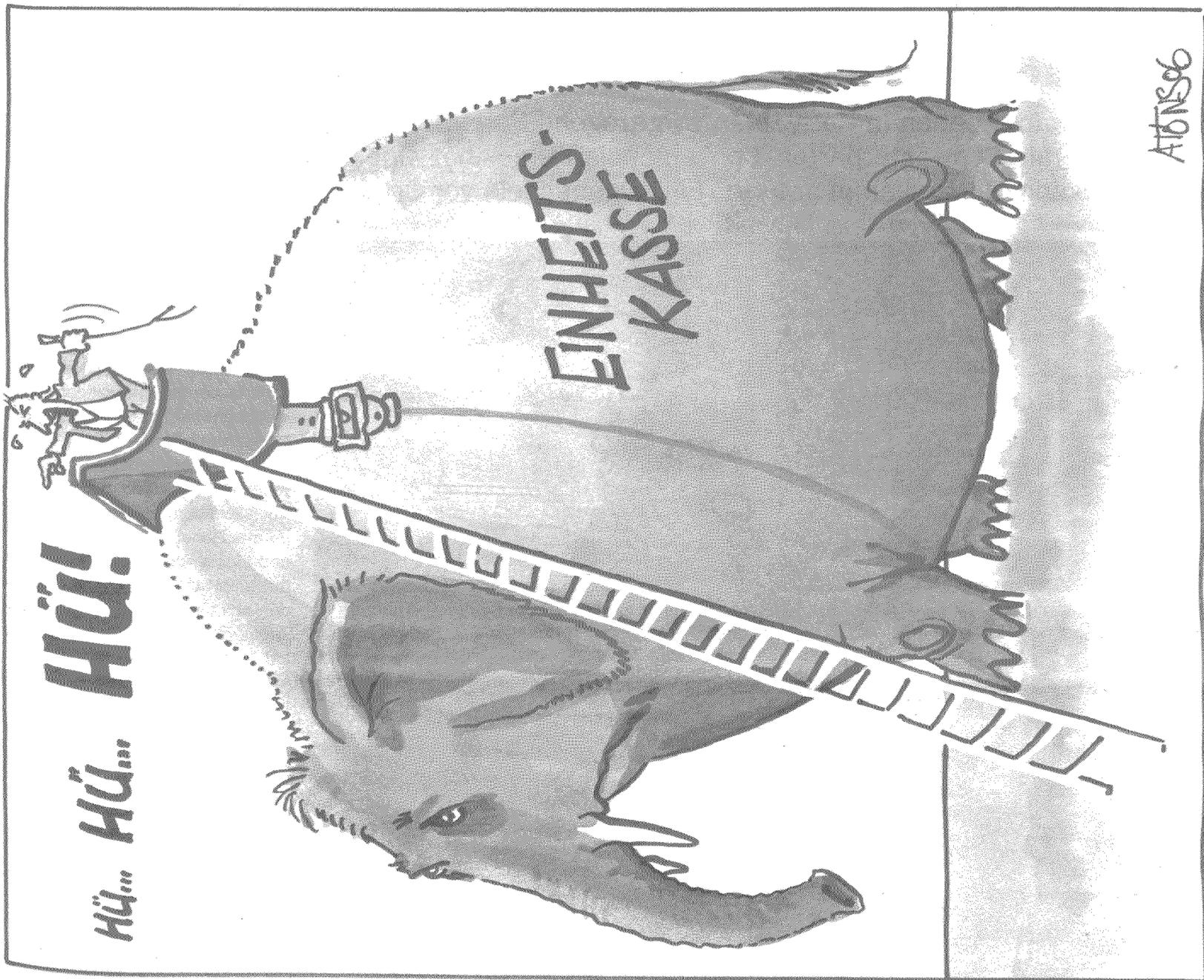
Wie Sie der Presse entnehmen konnten, haben wir unser Ziel von 2000 zusätzlichen Lehr- und Praktikumsstellen nicht ganz erreichen können. Besonders aber in den Berufssparten Gastgewerbe und Detailhandel konnten neue Plätze geschaffen werden.

*Haben Sie diese jungen Leute zum Teil persönlich kennen gelernt?*

Ja, ich bin einige Male in Abschlussklassen gegangen. Heute erhalte ich viele Briefe und Mails von glücklichen Jugendlichen, die dank uns einen Platz gefunden haben.

*Welche Ziele haben Sie für das Jahr 2007? Soll Speranza weiter ausgebaut werden?*

2007 konzentrieren wir uns vor allem darauf, zusammen mit den Branchenverbänden neue Attestlehren (2-jährige Lehren für schulisch schwache Jugendliche) aufzubauen und die schweizerischen Strukturen von Speranza 2000 vor allem in der Romandie zu festigen.



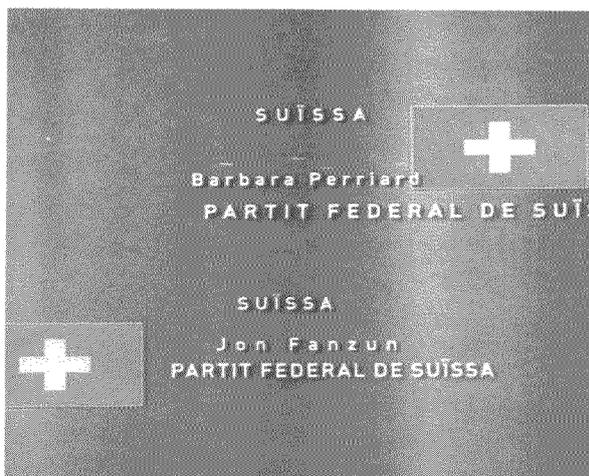
Wahlkampf à la Catalana

## Zu Besuch bei unserer Schwesterpartei in Barcelona

Am 1. November haben in Katalonien vorgezogene Parlamentswahlen stattgefunden. Unsere liberale Schwesterpartei «Convergència i Unió» hat einen intensiven und beeindruckenden Wahlkampf geführt. Ein Augenschein vor Ort.



Liberales Unterstützung aus der ganzen Welt für den Spitzenkandidaten der CiU, Artur Mas.



Von freisinnig zu föderal: Der Bekanntheitsgrad der FDP ist auf dem internationalen Parkett noch ausbaufähig...

**Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz, und Jon Fanzun, internationaler Sekretär FDP Schweiz**

Auf Einladung von «Convergència i Unió (CiU)» durften wir den Abschluss der mehrmonatigen Wahlkampagne für die katalanischen Regionalwahlen hautnah miterleben. Vorgezogene Neuwahlen waren nötig geworden, weil die Regierungskoalition aus Sozialisten separatistischen Linksrepublikanern und Linksgrünen – der sogenannten Tripartito – zerbrochen war, als der spanische Ministerpräsident Zapatero unter Umgehung der Koalition mit dem Chef der CiU, Artur Mas, ein Autonomiestatut für Katalonien aushandelte.

### «Mas president!»

Bei den letzten Regionalwahlen 2003 errang die CiU zwar die meisten Sitze, wurde aber nach 23 Jahren erstmals auf die Oppositionsbank verwiesen. Das Wahlziel war deshalb klar: die absolute Mehrheit der Linkskoalition brechen und in die Regierung zurückkehren. Da es für unsere Schwesterpartei um alles oder nichts ging, führte sie einen überaus engagierten Wahlkampf unter dem Motto «Mas president!»

Beeindruckend war hierbei die grosse Mobilisierungskraft der CiU. So nahmen an der Schlussveranstaltung der Kampagne 14.000 Personen teil. Diese verwandelten das voll besetzte Basketballstadion mit ihren unzähligen katalanischen Fahnen in einen wahren Hexenkessel. Man wählte sich an einem Fussballmatch und nicht an einer Parteiveranstaltung. Unter tosendem Applaus und von einem eigens für den Wahlkampf kreierten Song betrat die Parteiprominenz die Arena und



Wahlkampf à la Catalana: Die CiU brachte ihr Selbstverständnis als katalonische Volkspartei mit unzähligen Fahnen und der Intonierung der Nationalhymne zum Ausdruck. Selbstbewusst forderte sie für das prosperierende Katalonien mehr Eigenständigkeit und Autonomie gegenüber Madrid.

bahnte sich Hände schüttelnd einen Weg zum Podium.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildeten die Ansprachen von Jordi Pujol – während 23 Jahren Regionalpräsident Kataloniens – und von Artur Mas, dem Spitzenkandidaten der Partei. An der gesamten Veranstaltung war kein einziges spanisches Wort zu hören, es wurde ausnahmslos katalanisch gesprochen. Darin drückt sich das Selbstverständnis der Partei als katalanische Volkspartei aus, die selbstbewusst für mehr Autonomie und Eigenständigkeit gegenüber Madrid auftritt. Den Schluss der Veranstaltung bildete die gemeinsame Intonierung der katalanischen Nationalhymne und ein gigantischer Konfetti- und Ballonregen. Wir Schweizer, die wir an nüchterne Parteiveranstaltungen gewöhnt

sind, waren von dieser Parteiinszenierung à la Catalana sehr beeindruckt.

#### Koalition der Verlierer

Die Wahlen vom 1. November endeten mit einem Erfolg für unsere Schwesterpartei. CiU konnte ihren Wähleranteil auf rund 32 Prozent steigern und stellt mit 48 Sitzen im Regionalparlament die klar stärkste Fraktion. Hauptverlierer waren die Sozialisten, die fünf Sitze einbüssten und noch auf 37 Abgeordnete kommen. Aufgrund dieser Resultate rechnete man nach den Wahlen mit einer Zweierkoalition zwischen CiU und Sozialisten. Dies umso mehr, als eine solche grosse Koalition von der katalanischen Wirtschaft und von Zapatero favorisiert wurde.

Offenbar hatten sich die Sozialisten aber bereits vor den Wahlen

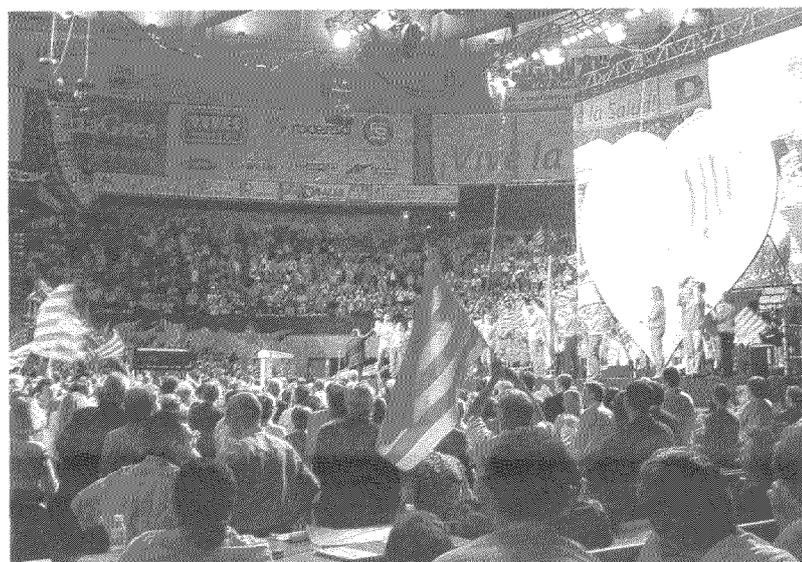
mit ihren Verbündeten abgesprochen und eine Weiterarbeit vereinbart. Somit kommt es zu einer Neuauflage des Tripartito. Die CiU muss als klare Wahlgewinnerin damit ein weiteres Mal nach 2003 in die Opposition. Ob der Tripartito unter der Führung des neuen Regionalpräsidenten José Montilla dieses Mal die ganze Amtszeit durchsteht, ist allerdings mehr als fraglich. Zum einen wird es schwierig sein, die Linksrepublikaner, die

mit dem Autonomiestatut unzufrieden sind, ruhig zu stellen. Zum anderen bestehen auch in Sachfragen einige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern.

Somit ist es gut möglich, dass Convergència i Uniò ihre eindrückliche Wahlkampfmaschine schon bald wieder anwerfen kann und im dritten Anlauf nicht nur die Wahlen gewinnt, sondern auch in die Regierung zurückkehrt.

### Convergència i Uniò

Convergència i Uniò ist ein Parteibündnis der gemässigten katalanischen Nationalisten. Es ist 1979 aus dem Zusammenschluss der Convergència Democràtica de Catalunya und der Uniò Democràtica de Catalunya hervorgegangen. Die CiU ist seit ihrer Gründung eine bestimmende politische Kraft in Katalonien. Von 1980 bis 2003 stellte die Partei mit Jordi Pujol ununterbrochen den Regierungschef Kataloniens. Seit 2005 ist die Partei – wie die FDP Schweiz – Mitglied der ELDR (Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei).



**Eine Partei mit Herz. Die CiU setzte voll auf Emotionen und Symbole. Nicht nur bei den Parteimitgliedern, sondern auch bei den Wählerinnen und Wählern kam die Botschaft an, denn die CiU ging als Siegerin aus den jüngsten Wahlen hervor. Allerdings zwingt die linke Koalition der Verlierer die CiU erneut in die Opposition.**



**«Mas president!» (auf der Grossleinwand im Bild) skandierten mehr als 14 000 Anhängerinnen und Anhänger an der Schlussveranstaltung in einer rasselvollen Basketballhalle nahe Barcelona.**



**Viel Musik, Konfetti und Ballons – bei so viel Begeisterung hielt es niemanden mehr auf den Stühlen. Politik als Erlebnis!**

Netzwerkveranstaltung

## Ein voller Erfolg!

Gegen hundert liberal gesinnte Frauen wollten bei der 3. Netzwerkveranstaltung der FDP-Frauen Schweiz zum Thema Erfolg in Zürich dabei sein. Die Teilnehmerinnen zeigten sich begeistert von den präsentierten Erfolgsrezepten und vernetzten sich im Anschluss eifrig.



Prominente FDP-Exponentinnen wissen um die Bedeutung von Netzwerken und erweitern diese laufend; v. l. n. r. Ständerätin Erika Forster (mit Tochter), Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist und die ehemalige Aargauer Regierungsrätin Stéphanie Mörkofer.



Besser als Turn- und Messehallen: ein begeistertes Publikum im stimmungsvollen Ambiente der Zürcher Zunft zur Schneidern.

### Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz

In ihrer Begrüssung machte Präsidentin Marianne Dürst das Schiff klar und verwies auf die inhaltlichen Prioritäten der liberalen Frauenlobby: gemischte Teams in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bessere familienexterne Betreuungsstrukturen. Sie erteilte damit dem «Eva-Prinzip» eine klare Absage und erntete dafür gebührend Applaus.

### Erfolgsrezepte

Dr. Enikő Zala von der ETH Zürich betonte die Wichtigkeit eines offenen Teamklimas (gerade auch in politischen Vereinen). Dieses Speaking-up-Prinzip sei unerlässlich, um das Team weiterzubringen. Stadträtin Kathrin Martelli erzählte bildreich aus dem politischen Mittelalter, als sie vor 30 Jahren ihre ersten Schritte ins öffentliche Leben unternahm. Sie legte allen Frauen ans Herz, ihre Laufbahn zu planen (anders als sie selbst!), denn: «Es ist einfacher, als es aussieht, und schwieriger, als man denkt!» Die Basler PR-Expertin Marion Tarrach redete auch in Bildern Klartext. Man müsse ja nicht gerade mit dem Stimmvolk schunkeln (wie andere Parteien), aber auf jeden Fall mindestens tanzen! Wenn die Tanzschritte zu kompliziert würden, melden sich die Tanzpartner eben ab...

### Dress for Success

Höhepunkt waren die Ausführungen des international erfolgreichen Akris-Designers Albert Kriemler. Interessanterweise ist die Herausforderung in der Modebranche gleich wie in der Politik: In ei-

ner Zeit, wo sich alles gleiche, müsse man eine eigene Definition finden. Kriemler, der die bestangezogenen Frauen der Welt kleidet, bot einen exklusiven Einblick in die Welt der Mode. Er verriet, dass die US-Aussenministerin Condoleezza Rice ihr erstes Akris-Kostüm im Ausverkauf ergattert hatte. Da die wenigsten Frauen über das Budget von Königin Rania von Jordanien verfügen, empfiehlt der Fachmann, primär in eine Jacke von hoher Qualität zu investieren. Kombiniert mit trendigen Stücken vom Billigheimer sei dies ein erster Schritt in Richtung Karrierestyling. Das Geheimnis gut angezogener, erfolgreicher Frauen ist aus seiner Sicht simpel: Frau soll stets Frau bleiben. Also: nicht zum dunklen Hosenanzug greifen, sondern auf Rock und schickes Oberteil setzen.

### Vereinbarkeit Familie und Beruf

Besonders freute die FDP-Frauen, dass das ausschliesslich in der Schweiz produzierende Familienunternehmen Akris grosse Anstrengungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternimmt. Dazu gehören Arbeitszeiten, die Rücksicht auf die Bedürfnisse von Eltern nehmen, sowie Kinderkrippen. Die liberale Frau darf also mit gutem Gewissen in Akris investieren!

TeleBärn-Moderatorin und FDP-Frau Eliane Gnägi führte gekonnt durch den Anlass und gab nach knapp 3 Stunden das Buffet frei – aber nicht bevor Tina Weber Hilgarth, Co-Präsidentin der FDP-Frauen Stadt Zürich, allen, die zu diesem interessanten, gelungenen Anlass beigetragen haben, herzlich danken konnte.

**Bilder und Referate unter:**  
[www.fdp-frauen.ch](http://www.fdp-frauen.ch)



**Full House! Gegen hundert liberal gesinnte Frauen nahmen an der 3. Netzwerkveranstaltung teil.**



**Insider-Tipps fürs Karrierestyling: Nationalrätin Marianne Kleiner mit dem international erfolgreichen Modeschöpfer Albert Kriemler, dem einzigen Mann und unbestrittenen Star des Tages.**



**Die Zürcher Stadträtin Kathrin Martelli, links im Bild, unterhielt die Zuhörerinnen mit Anekdoten «aus dem politischen Mittelalter». Kaum zu glauben, wie noch vor 30 Jahren mit Frauen umgegangen wurde. Ihr Weg an die Spitze der grössten Schweizer Stadt war nicht immer einfach.**

Ein liberaler Blick auf...

**Kaba Dalla Lana**

**34, dipl. Physiotherapeutin, Vorstand FDP Wetzikon, Kantonsratskandidatin**



*Frau Dalla Lana, mit welchem Ziel sind Sie an die Netzwerkveranstaltung gekommen?*

Der Name war für mich Programm, Networking mein Ziel. Meine Erwartungen diesbezüglich wurden voll erfüllt. Ich habe die Gelegenheit genutzt, mich über familienexterne Kinderbetreuung mit den erfahrenen Kantonsrätinnen Carmen Walker Späh und Regine Sauter auszutauschen.

*Erfolg war das Thema des diesjährigen Events – haben sich bereits Erfolgserlebnisse eingestellt?*

Ich hatte noch am selben Abend eine wichtige geschäftliche Besprechung. Ich kam dank der Netzwerkveranstaltung so topmotiviert, fröhlich und sicher an die Sitzung, dass ich mit positivsten Resultaten abschliessen konnte. Ein voller Erfolg also!

Ein liberaler Blick auf...

**Sandra Bietenholz**

**37, Fondsjuristin Bank Julius Bär, Vorstand FDP-Frauen Stadt Zürich**



*Frau Bietenholz, wie haben Sie die 3. Netzwerkveranstaltung erlebt?*

Als berufstätige und politisch engagierte Frau ist «Erfolg» ein wichtiges Thema. Ich hatte grosse Erwartungen. Diese wurden denn auch nicht enttäuscht, sondern sogar übertroffen. Ich habe noch selten eine Veranstaltung besucht, bei der ich mich keine Minute gelangweilt habe.

*Was nehmen Sie konkret mit nach Hause?*

Ich habe wertvolle Tipps und Tricks sowie Anregungen aus den Vorträgen von Dr. Enikő Zala-Mező über «Patentrezepte für den Teamerfolg» und von Marion Tarrach über «Selbstbewusste Kommunikation als Erfolgsfaktor» erhalten. Ich werde diese im Alltag bestimmt umsetzen.

**Sofort reservieren:**

Generalversammlung und Wahl-Kick-Off der FDP-Frauen Schweiz

**am Samstag, 3. März 2007, in Lausanne!**

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

**Désirée Eugster**



Versierte Fotografin: die tollen Bilder und Porträts im «Freisinn» und auf der [www.fdp-frauen.ch](http://www.fdp-frauen.ch)

stammen alle von Désirée Eugster, Mitglied im Vorstand der FDP-Frauen Thurgau. Herzlichen Dank an dieser Stelle!

Porträt

## Stefano Rizzi

Kassier der Jungfreisinnigen Schweiz

Stefano Rizzi, Jahrgang 1976, ist im Tessin aufgewachsen. Seit 2005 ist er Kassier der Jungfreisinnigen Schweiz. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre in St. Gallen mit Vertiefungsrichtung KMU hat er seinen beruflichen Werdegang bei Ernst & Young begonnen. Zurzeit arbeitet er bei der Wirtschaftsförderung des Kantons Tessin und wohnt in Bedano, nördlich von Lugano. Politisch ist er bei den «Giovani Liberali Radicali Ticinesi» aktiv sowie auf kantonaler Ebene bei der FDP.

*Warum bist Du bei den Jungfreisinnigen aktiv dabei?*

Ich habe während einiger Jahre die Politik von aussen betrachtet. Ich habe mich jeweils in die Themen vertieft und dann auch interessante und intensive Diskussionen mit Freunden und Bekannten geführt. Dabei habe ich mich immer als Liberaler gefühlt. Im Jahr 2002 habe ich dann endlich verstanden, dass der einzige Weg, etwas bewegen zu können, ein politisches Engagement ist. So habe ich begonnen, auf kommunaler Ebene in Stabio und bei den Jungfreisinnigen im Kanton Tessin mitzupolitizieren. Schnell habe ich gesehen, wie spannend es ist, mit dabei zu sein. Als ich dann die Möglichkeit bekommen habe, bei den Jungfreisinnigen Schweiz als Kassier einzusteigen, habe ich diese weitere Herausforderung mit grosser Freude angenommen.

*Welche persönlichen politischen Ziele hast Du?*

Kurzfristig würde es mir besonders Spass machen, bei den nächsten Nationalratswahlen auf der Liste der FDP kandidieren zu können. Ob das möglich ist oder nicht, wird sich zeigen, doch es wäre eine sehr grosse Herausforderung für mich, die ich mit grösster Verantwortung übernehmen würde.



**Stefano Rizzi**

*Was ist Deine Motivation, Politik zu machen?*

Ich bin der Meinung, dass nur wer mitmacht, auch ernsthaft mitgestalten kann. Ich habe zu vielen Themen eine Meinung und finde es daher auch richtig, da wir zum Glück in einer Demokratie leben, diese einzubringen. Ich glaube aber, es ist auch eine Frage der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

*Was ist Dir neben der Politik wichtig?*

Meine Freundin Daniela und alle meine Freunde sowie die Familie. Für mich spielt dieser Teil meines Lebens die wichtigste Rolle.

*Welches Buch hast du als letztes gelesen?*

Ich lese jeden Tag die Zeitungen. Nach allen Aktivitäten habe ich leider nicht viel Zeit übrig, um Bücher

zu lesen. Daher konzentriere ich mich normalerweise auf solche Bücher, die mir helfen, unsere Welt ein bisschen besser zu verstehen. Mein letztes Buch war «Liberalismus», 1927, von Ludwig Von Mises.

*Gibt es Unterschiede in der Tessiner und der Schweizer Politik?*

Die Grundprobleme sind im Tessin gleich wie in Bern: die Finanzen müssen saniert und die Fiskalquote muss gesenkt werden. Die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung, aber auch Steuern und Abgaben dürfen nicht weiter ansteigen, und die Staatstätigkeit darf sich nicht weiter ausdehnen.

*Was kann die Schweiz von den Tessinern lernen?*

Das Leben ein bisschen lockerer zu nehmen. Es muss nicht immer alles ernst genommen werden. Und

natürlich auch die italienische Sprache.

*Wenn Du eine Milliarde Franken hättest, wo würdest Du sie einsetzen?*

Abbau der Schulden.

*Welchen prominenten Schweizer würdest Du gerne persönlich kennen lernen und warum?*

Den neuen Präsidenten von Economiesuisse und FDP-Nationalrat Gerold Bührer. Er ist seit 25 Jahren in der Politik, davon 15 Jahre in Bern, und hat immer die Rolle eines Brückenbauers zwischen Wirtschaft und Politik gespielt. Die Interaktion zwischen diesen beiden Welten finde ich besonders faszinierend.

*Was bedeutet liberal sein für Dich?*

Im Zentrum meiner politischen Philosophie steht das Individuum. Die individuelle Freiheit ist für mich die Grundnorm und Basis einer menschlichen Gesellschaft, auf die hin der Staat und seine politische wie wirtschaftliche Ordnung auszurichten sind. Wo die Freiheit des Einzelnen berührt wird, habe jede, auch die staatliche, Gewalt zu ergreifen, wenn die Freiheit der Individuen verletzt wird.

*Warum sollte auch Dein Nachbar der FDP bzw. den Jungfreisinnigen beitreten?*

Die Freisinnigen stehen am Ursprung des politischen Systems von 1848, das auch heute noch das politische Geschehen in unserem Land bestimmt. Die FDP ist die Partei der Inhalte. Wer Mut und Zukunftsoptimismus als Wertvorstellung hat, findet bei der FDP den richtigen Partner.

**Interview: Lena Schneller**

Neue Sektion

## Gründung der Jungfreisinnigen Obwalden

Zumindest in der Innerschweiz findet man zukünftig keinen weissen Fleck auf der Landkarte der Jungfreisinnigen mehr vor. Nachdem im Kanton Nidwalden bereits Anfang dieses Jahres eine Sektion der Jungfreisinnigen Partei gegründet worden ist, war es nun am 16. November auch in Obwalden so weit: Die jfow wurden aus der Taufe gehoben.

Anfang dieses Jahres hatte sich im Kanton Nidwalden eine Gruppe von politikinteressierten Jungen zur Gruppe «Jungfreisinnige Nidwalden» zusammengeschlossen, nun ergriffen auch im Kanton Obwalden einige Junge die Initiative, eine Jungpartei – die erste im Kanton – zu lancieren.

### Vorbereitungsarbeiten und Gründung

Die Vorbereitungsarbeiten für die Gründung liefen bereits im Frühling 2006 an. Mit viel Elan arbeitete eine Gruppe junger Obwaldnerinnen und Obwaldner daran, die Basis für die Parteigründung zu legen. Es galt, den visuellen Auftritt der Partei auszuarbeiten, politische Leitlinien festzulegen und weitere Interessierte für dieses Projekt zu gewinnen. Mit gezielten Inseraten in der lokalen Presse, mit der bereits erstellten Webseite und weiteren Aktionen während des Sommers wurde für die Jungfreisinnigen Obwalden geworben. Alle jungen Obwaldnerinnen und Obwaldner sollten damit erfahren, dass sich etwas tut in der Parteienlandschaft des Kantons, was ihnen neue Möglichkeiten des politischen Mitwirkens bringen kann.

Die Aufrufe blieben nicht ohne Erfolg: Insgesamt fanden sich über 20 interessierte Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die sich für die jfow engagieren wollen. So konnte am 16. November mit der Gründungsversammlung – u.a. unter Beteiligung von Regierungsrätin Esther Gasser, FDP-Parteipräsident Ernst Michel sowie zahlreichen anderen freisinnigen Mandatsträgern – der Startschuss für die neue Jungpartei erfolgen. Die Gründungs-



**Der Vorstand der Jungfreisinnigen Obwalden (v.l.n.r.): Bruno Reinhart (Präsident), Erika von Rotz (Kassierin), Kilian Läubli, Monika Abächerli und Samuel Fischer (Vizepräsident).**

mitglieder wählten als Vorstandsmitglieder Bruno Reinhart (Präsident), Samuel Fischer (Vizepräsident), Erika von Rotz (Kassierin), Kilian Läubli und Monika Abächerli.

### Die Aktivitäten der jfow

Die Jungfreisinnigen wollen den politisch interessierten Obwaldnerinnen und Obwaldnern im Alter bis zu 35 Jahren eine Alternative zu den bestehenden Parteien bieten. Die Anliegen und Bedürfnisse dieser Generation müssen erkannt

und mehr als heute in die Politik eingebracht werden. Die Möglichkeit, politische Fragen mit Gleichaltrigen im Rahmen einer eigenen Partei diskutieren zu können, wird neu sein im Kanton Obwalden. Dadurch sollen auch Eintrittsbarrieren in die Politik abgebaut werden.

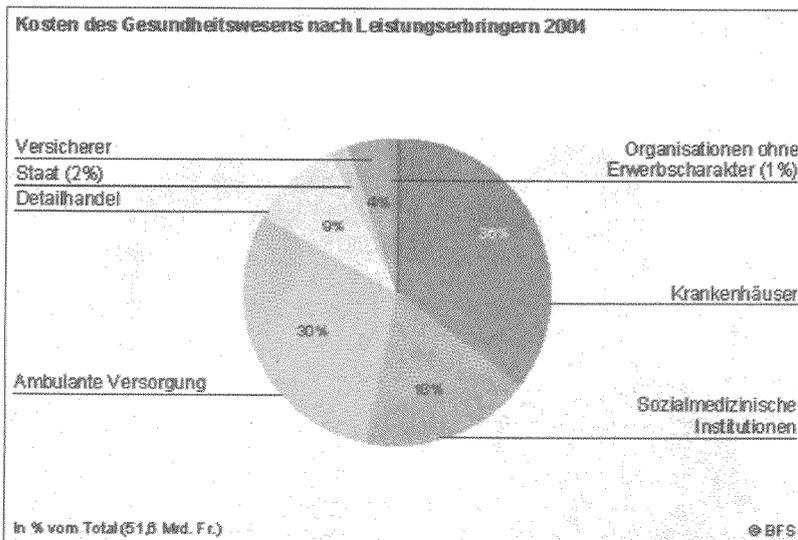
Im Rahmen des ersten Projekts werden «Crashkurse» organisiert, welche jungen Leuten praktische Tipps mit auf den Weg zur Selbständigkeit geben. Beispielsweise werden Experten zu Themen wie «Hilfe! Steuererklärung!» oder «Mein ers-

ter Mietvertrag, was nun?» praktische Tipps und Hilfestellungen bieten. Vor wichtigen eidgenössischen oder kantonalen Abstimmungen werden wir zudem jeweils einen «Abstimmungsapéro» organisieren. In ungezwungener Atmosphäre werden die jeweiligen Vorlagen kurz vorgestellt und diskutiert.

Interessierte finden weitere Informationen über uns unter [www.jfow.ch](http://www.jfow.ch).

# Kosten und Finanzierung im Gesundheitswesen

Die finanzielle Herausforderung ist durch Reformen des bestehenden Systems zu meistern.



Gemäss den neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik betragen die Kosten des Gesundheitswesens 2004 insgesamt 51,7 Milliarden Franken und sind damit gegenüber 2003 um 3,7% gestiegen (wobei sich der Kostenanstieg gegenüber den früheren Jahren leicht abgeschwächt hat). Der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandprodukt (BIP)

hat von 11,5% (2003) auf 11,6% (2004) zugenommen. Die Kostensteigerung wird gegenwärtig hauptsächlich von der Krankenversicherung (KVG) und den privaten Haushalten finanziert. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz nach wie vor hinter den USA (mit 15,3%) an zweiter Stelle in der Rangliste der OECD-Länder mit dem höchsten Anteil der Gesundheitskosten am BIP. Auf den Plätzen dahinter folgen Deutschland, Island, Norwegen und Frankreich.

**Statistik: Kosten des Gesundheitswesens 2004**

Die Spitalkosten sind im Jahr 2004 um 3,1% und damit etwas weniger gestiegen als die Gesamtkosten (+3,7%). Die mittlere jährliche Kostenveränderung in der Periode 1995–2003 betrug 4,3%. Auch die Kosten der Institutionen für Betagte sind 2004 weniger gewachsen (+2,7%). Demgegenüber legten die Kosten für die ambulante Behandlung stärker zu (+5,0%) als in den zwei vorangehenden Jahren. Die durchschnittliche jährliche Veränderung zwischen 1995 und 2003 betrug 3,5%.

2004 wendeten die privaten Haushalte 4,9 Prozent mehr für die Gesundheit auf; diese Steigerung übertrifft jene der Gesamtkosten (+3,7%). Höhere Ausgaben tätigten sie insbesondere im Bereich der Krankengrundversicherung (+9,4%). Dieser Anstieg lässt sich zum Teil durch die Änderungen in der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) aus dem Jahr 2004 erklären, die den Versicherten mehr Verantwortung abverlangen, insbesondere die Erhöhung der Franchise von 230 auf 300 Franken und des jährlichen Selbstbehalt-Höchstbetrages von 600 auf 700 Franken (10%-Quote). Hinzu kommt, dass die Kosten für Alters- und Pflegeheime sowie für Spitex-Leistungen nur teilweise zurück-erstattet werden.

**Statistik: Kosten des Gesundheitswesens nach Leistungserbringern**

Die Kosten des Gesundheitswesens sind nicht gleichzusetzen mit den Kosten, die bei der Krankenversicherung anfallen. Die privaten Haushalte haben nicht nur Prämien erhöhungen zu tragen, sondern auch die Steigerung der Kosten jener Leistungen, die sie selber bezahlen.

**Kosten des Gesundheitswesens 2004**

Indikatoren der Gesundheitskosten	
Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	11.5%
Gesundheitsausgaben pro Einwohner in Franken	6'929
Kosten des Gesundheitswesens in Millionen Franken	51'647

Kosten des Gesundheitswesens nach Leistungserbringern	In % des Totals	
Krankenhäuser	18'212	35.3%
Ambulante Versorgung	15'520	30.0%
Sozialmedizinische Institutionen	9'270	17.9%

Kosten des Gesundheitswesens nach Leistungen	
Stationäre Behandlung	24'585 47.6%
Ambulante Behandlung	15'193 29.4%
Verkauf Gesundheitsgüter	6'531 12.6%

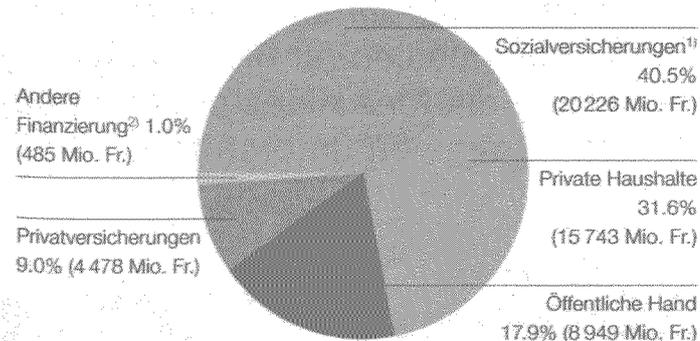
Kosten des Gesundheitswesens nach Direktzahlenden	
Sozialversicherungen	21'412 41.5%
Private Haushalte	16'432 31.8%
Staat	8'811 17.1%

Quelle: Bundesamt für Statistik

### Kosten des Gesundheitswesens nach Direktzahler und Finanzierungsträger 2003

Gesamtkosten 2003: 49 881 Mio. Fr. (100%)

#### Wer die Leistungen zahlt (Direktzahler)



Quelle: Kosten des Gesundheitswesens. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel, August 2005.

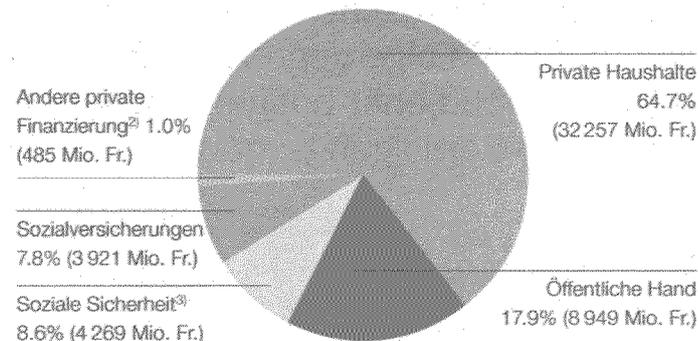
<sup>1)</sup> Inkl. Krankenkasse    <sup>2)</sup> Spenden, Vermächtnisse  
<sup>3)</sup> Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe, Verbilligungen Krankenkassenprämien

Seite 51.1 | Das Gesundheitswesen in der Schweiz | Ausgabe 2005

### Kosten des Gesundheitswesens nach Direktzahler und Finanzierungsträger 2003

Gesamtkosten 2003: 49 881 Mio. Fr. (100%)

#### Wer die Kosten finanziert (Finanzierungsträger, effektive Belastung)



Quelle: Kosten des Gesundheitswesens. Bundesamt für Statistik, Neuchâtel, August 2005.

<sup>1)</sup> Inkl. Krankenkasse    <sup>2)</sup> Spenden, Vermächtnisse  
<sup>3)</sup> Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe, Verbilligungen Krankenkassenprämien

Seite 51.2 | Das Gesundheitswesen in der Schweiz | Ausgabe 2005

Trotz der zunehmenden Kostenbeteiligung der privaten Haushalte hat die Nettofinanzierung durch die Krankengrundversicherung 2004 um 6,6% zugenommen. Damit machte ihr Anteil am gesamten Finanzierungsgefüge im Berichtsjahr 33,6% aus, verglichen mit 32,7% im Jahr 2003.

In Anbetracht der durchschnittlichen jährlichen Veränderung der Kosten seit 1995 ist für 2005 mit einem Kostentotal für das Gesundheitswesen von 53,8 Milliarden Franken zu rechnen; 2006 dürften es 56 Milliarden und 2007 sogar 58,3 Milliarden sein.

#### Die Krankenversicherung und ihre Finanzierung

Die soziale Krankenversicherung gewährt allen in der Schweiz lebenden Personen Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung, indem bei Krankheit oder Unfall die medizinische Behandlung sichergestellt wird (sofern diese nicht von der Unfallversicherung abgedeckt wird). Die 94 Krankenkassen (Versicherer) im heutigen Krankenversicherungssystem müssen gesetzliche Auflagen erfüllen (z. B. der Verzicht, nach Gewinn zu streben). Wenn

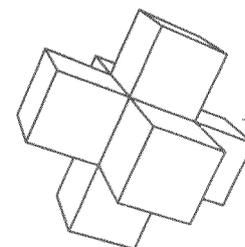
eine Kasse zahlungsunfähig wird, werden die Kosten für die gesetzlichen Leistungen von einer «Gemeinsamen Einrichtung» übernommen, welche die Finanzierung mit Beiträgen der Versicherer sicherstellen kann. Die Rolle der Versicherer beschränkt sich nicht nur auf die Rückerstattung von erbrachten medizinischen Leistungen für die Versicherten, sondern sie unterstützen auch – gemeinsam mit den Kantonen – die Gesundheitsförderung und Prävention.

Das Schweizer System der Krankenversicherungsfinanzierung kennt eine klare Trennung zwischen der versicherungstechnischen Finanzierung und den sozialpolitischen Korrekturen über die Prämienverbilligung. Es stösst europaweit (vor allem in Ländern mit einkommensabhängiger Finanzierung der Krankenversicherung) auf grosses Interesse und gilt zum Teil auch als Vorzeigemodell für Revisionen. Das System wird laufend analysiert, damit noch bestehende Lücken gezielt korrigiert werden können. Letztmals fand eine Korrektur zu Gunsten von Familien mit Kindern in bescheidenen und mittleren fi-

nanziellen Verhältnissen statt; diese Änderung trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Die Versicherten in sehr – komfortablen wirtschaftlichen Verhältnissen tragen heute über die progressiven Steuern einen erheblichen Anteil der Finanzierung der vom KVG erfassten Kosten (Anteil Spitalfinanzierung, Pflegeheim- und Spitexkosten sowie Prämienverbilligung). Im Gegenzug bezahlt ein grosser Teil der Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen heute keine Krankenkassenprämie mehr, da diese gänzlich durch die Prämienverbilligung finanziert wird.

Das System der Kopfprämien genießt bei der Bevölkerung Akzeptanz, da es die Eigenverantwortung und somit ein gesundheits- und kostenbewusstes Verhalten der Versicherten fördert. Würden die Prämien anhand der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten berechnet, so wäre dies mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand und auch mit datenschutztechnischen Problemen verbunden. Im Weiteren wäre es sehr schwierig, mittels Prämien- oder Selbstbehaltreduktionen Anreize für Kosten sparende Versicherungsmodelle zu

schaffen. Angesichts der Tatsache, dass die Kostenentwicklung nicht nur auf steigenden Preisen bei neuen Medikamenten und Behandlungsmethoden beruht, sondern ihre Hauptursache in der Mengenausweitung der medizinischen Leistungen liegt, ist es immens wichtig, im Rahmen des Finanzierungssystems weitere Anreize für ein kostenbewusstes Verhalten von Leistungserbringern und Versicherten zu schaffen (besondere Versicherungsformen wie Managed Care, wählbare Franchisen, differenzierter Selbstbehalt, eingeschränkte Arztwahl, Bonusversicherung usw.).



Sicherheitspolitische Vorstösse

## Erfolg für die FDP in der Sicherheitspolitischen Kommission

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat zwei parlamentarischen Initiativen der FDP Folge gegeben. Zum einen hat sich die Kommission für die Erhöhung der Anzahl der Durchdiener ausgesprochen, zum anderen wurde die Idee eines neuen parlamentarischen Bewilligungsverfahrens bei den Rüstungsprogrammen unterstützt.



Durchdiener sollen ihren Dienst in Zukunft auch im Ausland leisten können.

Von Jon A. Fanzun,  
politischer Sekretär

Armeevorlagen hatten in letzter Zeit einen schweren Stand im Parlament. Dies hat die Debatte um den sogenannten Entwicklungsschritt 2008/2011 illustriert, als eine Allianz aus SVP und SP das Reformvorhaben ablehnte. Die FDP hat in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK-N) bewiesen, dass es auch anders geht und es möglich ist, Mehrheiten für eine konstruktive Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu finden. Die FDP setzt sich für eine glaubwürdige und leistungsfähige Armee ein. Zwei parlamentarische Vorstösse, die diesem Ziel dienen, wurden von der SiK-N mit deutlichen Mehrheiten angenommen.

Der erste Vorstoss, der von der FDP-Fraktion eingereicht wurde, verlangt eine Erhöhung der maximalen Anzahl der Durchdiener von derzeit 15 auf 30 Prozent eines Rekruten-

jahrgangs (parl. Initiative 06.405). Durchdiener sind Milizsoldaten, die ihren gesamten Militärdienst in 300 Tagen erfüllen. Danach bleiben sie während zehn Jahren in der Reserve eingeteilt.

Die Durchdiener sind ein Schlüsselement des Systems der abgestuften Bereitschaft und ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung der Bereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Armee. Die Möglichkeit, eine grössere Anzahl Durchdiener einzusetzen, verbessert deshalb das Leistungsprofil der Armee. Das Durchdienermodell bringt auch Vorteile für die Wirtschaft und die Dienstleistenden. Die Dienstleistung am Stück verbessert die Vereinbarkeit von Beruf/Studium und Militär und entlastet die Wirtschaft von militärbedingten Absenzen. Zudem können Durchdiener eine intensive praktische Erfahrung vorweisen, was ein Vorteil bei der Arbeitssuche sein kann.



Minenräumpanzer im Einsatz (Bestandteil des Rüstungsprogramms 2006).

Wofür sollen Durchdiener eingesetzt werden? Neben subsidiären Einsätzen (z.B. Botschaftsbewachung) und Einsätzen im Bereich der Existenzsicherung könnten Durchdiener auf freiwilliger Basis auch im Bereich der Friedensförderung eingesetzt werden. Die Bereitschaft für Auslandseinsätze wäre bei den Betroffenen auf jeden Fall vorhanden. 2005 zeigten sich 56 Prozent der angehenden Durchdiener an einem Einsatz im Rahmen einer friedensfördernden Operation interessiert.

Der zweite Vorstoss von Nationalrat Didier Burkhalter verlangt, dass Rüstungsprogramme in Zukunft in Form von Rahmenkrediten mit einer Laufzeit von vier Jahren verabschiedet werden (parl. Initiative 05.436). Der Vorstoss verlangt zudem, dass der sicherheitspolitische Bericht regelmässig aktualisiert und jährlich ein Zwischenbericht über die Umsetzung

der Rüstungsprogramme erstellt wird. Dieser Vorstoss hat erstens zum Ziel, die finanzielle Stabilität und Planungssicherheit für die Armee und deren Effizienz zu verbessern. Zweitens soll eine ganzheitliche Sicht der Rüstungspolitik gefördert werden, indem sich das Parlament mit den rüstungspolitischen Grundsatzfragen und der parlamentarischen Kontrolle und nicht mit Fragen der Typenwahl befasst. Drittens sollen die Anpassungsfähigkeit an den technologischen Fortschritt und die Aufwuchsfähigkeit sichergestellt werden.

Beide Vorstösse haben die erste parlamentarische Hürde genommen. In der weiteren parlamentarischen Behandlung wird es nun darum gehen, unsere Vorstellungen zu konkretisieren und Mehrheiten für eine konstruktive Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu finden.

Einheitskasse

## Unser Gesundheitswesen gleicht nach wie vor einer Grossbaustelle

Die Zahlen belegen, dass der Handlungsbedarf, besonders im ambulanten und stationären Spitalbereich, bei den Leistungserbringern sowie bei den Medikamenten sehr gross ist. So wird denn auch die gesundheitspolitische Landschaft (aus in erster Linie wahltaktischen Gründen) dazu genutzt, um untaugliche und die Qualität unseres Gesundheitssystems gefährdende Volksinitiativen ins Feld zu führen.

Von Ständerätin

Christiane Langenberger (VD)



Christiane Langenberger

Im März 2007 stimmen wir über die seitens linker Kreise lancierte «Volksinitiative für eine soziale Einheitskasse» ab. Diese verfolgt zwei Ziele: die Einrichtung eines nationalen Krankenkassenmonopols für die obligatorische Krankenversicherung und die Finanzierung durch von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten abhängige Prämien. Das bedeutet zum einen die Abschaffung von Wettbewerb und Wahlfreiheit im Gesundheitswesen; zum andern würde aber auch eine neue Einkommens- und Vermögenssteuer eingeführt. Dieser Einheitskasse fehlen aber jegliche Anreize, tiefe Prämien anzubieten. Heute sind die Versicherer dank Wettbewerb gezwungen, ihre Prämienkosten zu minimieren. Auch die Einsparungen bei den Verwaltungskosten, mit denen die Initianten werben, sind eine Illusion. Denn die Verwaltungskosten der Krankenversicherer sind mit durchschnittlich 5,6 Prozent schon heute sehr tief, sodass hier kaum mehr Sparpotenzial besteht. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Monopole in der Regel die höheren Verwaltungskosten aufweisen als Unternehmen, die sich im Wettbewerb behaupten müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger würden jegliche Freiheit bei der Wahl ihres Versicherers verlieren. Die heute bereits bestehenden (und eines Ausbaus bedürftigen) Anreize für ein verantwortungsvolles und kostenbewusstes Verhalten – seitens sowohl der Versicherten

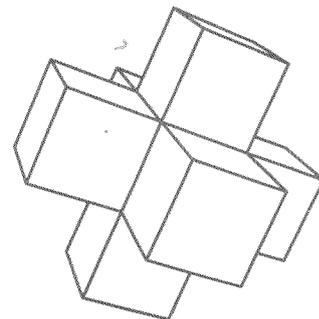
als auch der Leistungserbringer – würden nach Wegfall des regulierten Wettbewerbs wesentlich geschwächt, was die Kostenexplosion im Gesundheitswesen weiter ankurbeln und den Prämiendruck verschärfen würde. Mit einer staatlichen Einheitskasse würde auch das Interesse der Versicherten an einem eigenverantwortlichen und kostenbewussten Verhalten abnehmen, da im System einkommensabhängiger Prämien keine Prämienrabatte mehr möglich sind. Dasselbe gilt für die Wahlfranchise.

Die Initiative fordert Prämien nach «wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit». Offengelassen wird, wie dieses neue Prämiensystem umgesetzt werden soll. Kein Wunder: Der Vorschlag beinhaltet nichts anderes als eine neue Reichtumssteuer mit Zusatzbelastungen, die bereits dem Mittelstand massiv zu

schaffen machen. Hinzu kommt, dass das Gesundheitswesen schon heute stark über Steuern finanziert ist: Beispielsweise ist rund die Hälfte der Spitalkosten über progressive Steuern finanziert, und es profitieren mittlerweile 31,7 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer von Prämienverbilligungen aus Steuergeldern. Als neue Komponente schlagen die Befürworter kantonal unterschiedliche Beitragssätze vor. Dies ist allerdings unrealistisch und praxisfremd, gibt es doch bei der Invaliden- und Unfallversicherung auch keine nach Kantonen abgestuften Beiträge.

Die Linke zielt mit ihrer Einheitskassen-Initiative also nachweislich in eine falsche Richtung und setzt die Errungenschaften unseres qualitativ hochstehenden Gesundheitswesens aufs Spiel. Nur mit einem nachhaltigen Reformkonzept, das

im Rahmen des KVG konkretisiert wird und auch strukturelle Verbesserungen (wie z. B. die Koordination der schweizweiten stationären Gesundheitsversorgung zwischen Bund und Kantonen) mit sich bringt, kann allen Bürgerinnen und Bürgern der freie Zugang zu bestmöglichen Gesundheitsleistungen bei gleichzeitiger Kostenkontrolle gewährleistet werden.



## Agenda

### Januar

19. Sekretären-Konferenz/PPK/GL  
19./20. a. o. Delegiertenversammlung (Genf)

### Februar

- 2./3. Fraktionsseminar  
16. Von-Wattenwyl-Gespräche  
23./24. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

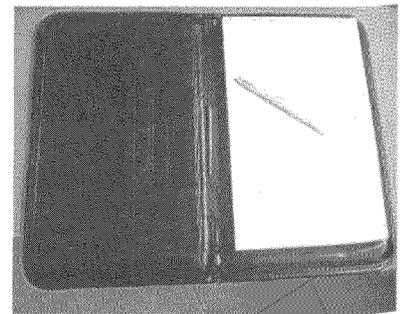
# Lichterglanz und Politik

feuchter, dunkler Kerker alter Burgen		strahlt sein Feuer ins Meer hinaus	hängen wieder in Weihnachtsdekorationen	alter Einbaum als neues Sportboot	Brennstoff in alten welschen Laternen	ist auch ein mehrarmiger Kerzenständer	Schatz- und oft auch Mottenkiste	dämmert oft mit Himmelsleuchten	Blairs Hausnummer
				3	englisches Areal die Eule im Tower		guter ist meist teuer im Frühjahr anzusäen		
Tessiner FDP-Chef Intercity der Bahn		2	heisst mit im Tessin		trägt Beeren am Rebstock	5			
das kleine Tierchen mit eigenem Lämpchen			kleiner Teil vom Teil tatsächlich echt		darüber ist Flugfreiheit sei geil, diese Sparwat				sieben Leuchten in der Bundesstadt
dickes Lob als äussere Achtung				dicker Fruchtsaft Buch der Evangelien	1		Deutsche Bahn als CH-Dienstbüchlein		8
sie leuchten auch tags am Himmel	4				säubert Auspuffgase in Kurzform			in Deutschland fließendes Bindewort	
darauf wird Garn oder Draht gewickelt	4	militärisch überlegtes Vorgehen Fall f. zwei			damit zahlt man rund um die Schweiz		osteurop. Fluss Couchepins Ablehnung		
				6	haben viel zu beissen Umzugsleuchtfeuer				pfeift noch in Stadtschienenkurven
Kanton am Alpstein			kurzes Telefon Sturmstafeln Hitlers		Gerichts- oder simpler Gasthof	Hochzeitskuchen warme kleine Lichter	11		
					Barbies Partner Pass zw. UR und BE			Soldatenschule alte Zahlungsart	
der arbeitsfreie Werktag		7	Volltreffer im Lotto Teil grosser Bauten					klein oder geringfügig im Fremdwort	
oft überlange Regierungszeit	estimated time of arrival im Flugplan		Senioren tönt besser		Ahne aller Rindviecher was Esel so sagen	Rohmaterial aus Mineralgruben		verkürztes Mittelalter	
				9	Epoche kalter Sommer sturmfreie Schiffsseite				Gruppe, die Konkordanz pflegt
									Pendulenkanton am Auto
leuchtet dem Vieh und dem Bauern					blühen so blau, blau, blau auf Alpweiden		12		
was sich auf Amtern stapelt	wird nun gern mit Rum getrunken				en vogue oder modisch auf der Höhe			sie fliesst im Schweizer Käsetal	

## Preise:

**1. Preis:**  
eine Aktenmappe mit Schreibblock und FDP-Kugelschreiber

**2./3. Preis:**  
ein Leder-Portefeuille



## So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 17. Januar 2007 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP  
«Freisinn»-Rätsel  
Postfach 6136  
3001 Bern  
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----



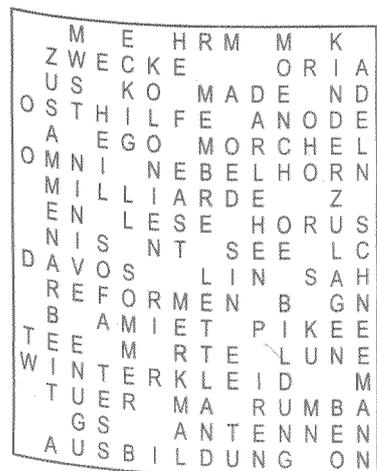
Kristina Bussmann spielte Glücksfee.

## Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 9/06

### Urnengang und Herbstnebel!

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 9/06 lautete: **Schuldenabbau**. Bis zum Redaktionsschluss sind 223 richtige Antworten bei uns eingegangen.

1.-3. Preis: je eine Krawatte oder ein Foulard mit FDP-Pin



Kristina Bussmann, Assistentin von Generalsekretär Guido Schommer, spielte Glücksfee und zog folgende Gewinner/innen:

- Frau Heidi Christen-Rudolf, Furgasse 18, 8712 Stäfa
- Herr Hans Ledermann, Wasenweg 19, 2575 Täuffelen
- Herr Hans-Rudolf Neukomm, Im Hubäcker 8, 8967 Widen

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

## Schöne Festtage!

Das Generalsekretariat der FDP Schweiz bleibt vom 25. Dezember 2006 bis zum 2. Januar 2007 geschlossen. Wir wünschen allen eine besinnliche Festzeit und einen guten Rutsch ins 2007!



## Veranstaltungshinweis

### Delegiertenversammlungen 2007

Bitte merken Sie sich folgende Termine vor:

20./21. Januar	Genf
30./31. März	Winterthur
Prov. 30. Juni	Ort noch offen
6. Oktober	Biel/Port (BE)
Prov. 1. Dezember	Bern



# WAHL- FREIHEIT AUFGEBEN?

**NEIN  
DANKE!**

11. März 2007

